

DER VOLKSWIRT

Wirtschafts- und Finanz-Zeitung

23. Jahrgang Nummer **18** Freitag, den 2. Mai 1969 Preis DM 2,-

Frankreich D 6985 C
zwischen den Utopien

Plädoyer
für eine Aufwertung

„Außergewöhnliches“
vom Finanzamt

Schwerpunkt:
Hoffen auf Kernenergie

Gesellschaft

Alte im Getto?





Schon „altes Eisen“?

(Foto: Türlmann)

GESELLSCHAFT

Alte im Getto?

Unzureichende Unterbringung — Knappe öffentliche Mittel — Geschäfte mit der Einsamkeit — Entschlußlose Politiker

Im Jahr 2000 wird jeder fünfte Bundesbürger die schematische Altersgrenze von 65 Jahren überschritten haben. An der vorigen Jahrhundertwende war es nur jeder zwanzigste. Doch Professor Walter Schulte von der Universitätsnervenklinik Tübingen resigniert: „Auf der einen Seite tut diese Gesellschaft alles, um zu erreichen, daß mehr Menschen alt werden und der einzelne Mensch älter wird. Auf der anderen Seite — wenn dieser Lebensabschnitt erreicht ist — stößt sie ihn im Sinn eines alterskollektiven Ausgliederungsprozesses' als mehr oder weniger parasitär ab.“
Und während Sozialpolitiker im Sinne des „Unterbringungsraumes“ Altenheim um Altenheim planen, die Finanzbürokratie unter der steigenden Rentenbelastung stöhnt, der Mediziner fasziniert von einer Vererblichkeit langer Lebenserwartung träumt und der Psychologe das Altenproblem mit Hilfe einer „Beschäftigungstherapie“ lösen will, glaubt Professor Hans Thomae vom Psychologischen Institut der Universität Bonn den Kern des Übels gefunden zu haben. Seit Jahren fordert er mehr finanzielle Anstrengungen des Staates, um den Großeltern Wohnungen in nächster Nähe ihrer

Kinder und Enkel zu verschaffen. Die Möglichkeit der „Kommunikation“, des Austausches mit der Umwelt, sei das beste Mittel, ein Abgleiten in die Resignation und den baldigen Tod — schon durch geringfügige Erkrankung — zu verhindern.

Familiäre Wiedereingliederung

Ziel staatlicher Familienpolitik muß daher nach seiner Ansicht sein: die Wiedereingliederung der alten Menschen in Familiengemeinschaften, nachdem die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung zu einer Auflösung der agrarischen Großfamilie geführt hat.

Wo es aber ähnliche Familien-Clans noch gibt — auf dem Lande —, sieht die Situation der alten Menschen kaum weniger rosig aus. Sofern noch „rüstig und gesund“, sind sie als billige Arbeitskräfte gern gesehen. Aber nachher sind sie nur zu häufig lästige Mitesser. In einer vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebenen Erhebung unter Deutschlands alten Dorfbewohnern ermittelte Otto Blume, Direktor des Kölner „Instituts für Selbsthilfe und

Sozialforschung e. V.“: Zwar leben 86 Prozent der befragten Dörfler in Großfamilien (in den Städten dagegen leben 52 Prozent der Alten allein). Doch fühlen sie sich ungleich einsamer als alte Städter. 38 Prozent hätten „gern häufiger Besuch“ (in der Stadt: 9 Prozent) und 27 Prozent vermüßten „jemand, mit dem sie sich über ihre Sorgen und Nöte aussprechen können“ (in der Stadt: 12 Prozent).

Zuwendig Heimplätze

Das Aussprachebedürfnis der von den jungen Familien ausgeklammerten Alten der Großstädte ließe sich sicher auch in Altagestätten und Altersheimen befriedigen. Aber obwohl die Bundesregierung von 1961 bis 1967 rund 130 Millionen Mark für den Bau von 53 139 neuen Heimplätzen für Alte zuschoß und bis 1971 jährlich 40 Millionen Mark eingeplant sind, haben nur rund 4 Prozent der alten Leute einen Heimplatz.

Und jene, die „für sich“ wohnen, sehen sich seit der Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung nicht selten von Kündigungen bedroht. So resümiert die „Lebensabendbewegung e. V.“ in Kassel: „Es gibt brutale und rücksichtslose Kündigungen. Wir erleben Angst und Verzweiflung der betroffenen älteren Menschen, die keine Hoffnung sehen, im freien Wettbewerb eine Ersatzwohnung zu finden. Die seelische Bedrückung dieser alten Bürger... führt zu erheblichen Gesundheitsschäden, nervlichen Belastungen und Verzweiflung.“

Im übrigen waren nach kürzlich veröffentlichten Angaben des Statistischen Bundesamtes

trotz wesentlicher Verbesserungen gegenüber 1960 auch 1965 diejenigen Bewohner der Bundesrepublik, die damals 65 Jahre alt und älter waren, immer noch schlechter untergebracht als die übrige Bevölkerung. Knapp 60 Prozent der Alten wohnten zur Miete, über 30 Prozent waren Eigentümer und fast 10 Prozent Untermieter. Während von den Haushalten, deren Vorstand jünger als 65 Jahre war, zwei Drittel in Wohnungen mit Bad lebten, betrug der entsprechende Prozentsatz bei den alten Leuten nur knapp die Hälfte.

Die Ursache dieser schlechten Wohnlage: Die Älteren sind zu einem wesentlich größeren Teil in Altbauten untergebracht als die jüngere Generation (68,7 gegenüber 50,3 Prozent); mehr als 4 von 10 Alten-Haushalten entfielen auf Wohnungen, die vor 1918 errichtet worden waren — bei den Haushalten mit einem Vorstand unter 65 Jahren lediglich ein knappes Drittel.

Trotzdem äußerten nur knapp 7 Prozent der alten Leute den Wunsch, umzuziehen. Hauptgrund: Sie sind kaum konkurrenzfähig bei der Wohnungssuche — sofern nicht von Haus aus begütert, was für die wenigsten gilt.

So liegen die Bezüge in der Angestelltenversicherung zum Beispiel zwischen 350 und 825 Mark. Das durchschnittliche Altersruhegeld für Arbeiter beträgt 273 Mark und für Angestellte 458 Mark.

Nicht typisch

Diese niedrigen Durchschnittssätze erweisen sich allerdings als nicht typisch für ein normal verlaufenes Arbeitsleben. Ministerialdirigent Georg Tietz vom Bundesarbeitsministerium gibt aus dem Sozialbericht 1968 folgende Zahlen: Das Altersruhegeld für Männer mit 45 bis 50 voll zu berechnenden Arbeitsjahren betrug am 1. Januar 1967 in der Arbeiterrentenversicherung 532 Mark und in der Angestelltenversicherung 765 Mark. Da neben der Rente aus der Sozialversicherung ein Großteil der Pensionäre in den Genuß anderer Leistungen kommt (wie betriebliche Altersversorgung), gibt die gezahlte Rentensumme ohnehin kein genaues Bild der Einkommenssituation.

Alles in allem aber schließt die „Gesellschaft für Sozialen Fortschritt“: Ist ein volles Arbeitsleben vorangegangen, von dem etwa 40 Arbeitsjahre angerechnet werden können, so beträgt die Rente meist 50 bis 60 Prozent des letzten Einkommens vor dem Eintritt in den Ruhestand. Dagegen unterstrich die IG Metall auf ihrem letzten Gewerkschaftstag in Mün-

chen die Forderungen früherer Gewerkschaftstage, „daß Altersruhegeld und Erwerbsunfähigkeitsrenten 75 Prozent des Arbeitsentgeltes vergleichbarer Arbeitnehmer betragen müssen“.

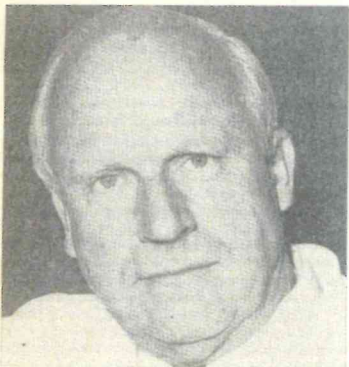
Frankfurt zukunftsweisend

Als vorbildlich in der Altenfürsorge gilt die Stadt Frankfurt am Main. Dabei wetteifern mit ihr Städte wie Köln und Bremen. Ende der fünfziger Jahre wurden in der Mainmetropole im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus erstmalig sogenannte Altenwohnungen gebaut: Ein- oder Zweizimmerappartements, die von einer Pflegerin betreut werden. Diese steht für jeweils etwa 100 Personen zur Verfügung und kann von allen Appartements über einen direkten Draht erreicht werden.

Frankfurts Sozialstadtrat Ernst Gerhardt hat auch für die Zukunft konkrete Vorstellungen.

Sein Konzept: Bau von Altenzentren in den einzelnen Stadtteilen. Ein solches Zentrum soll aus Altenwohnungen, Altersheim und Pflegehaus bestehen. Und die alten Leute sollen möglichst in dem Stadtteil bleiben können, in dem sie zuvor schon lebten, damit der Kontakt zur Familie erhalten bleibt.

Organisatorisch sieht das so aus: Die Altenwohnungen stehen älteren Menschen mit ausreichendem finanziellem Polster zur Verfügung. Denn die Wohnungen müssen selbst bezahlt werden (monatliche Miete: 130 bis 140 Mark). Auf die Unterbringung in Alten- und Pflegeheimen durch die Stadt Frankfurt haben aber alle Frankfurter Bürger einen rechtlichen Anspruch gegen das Sozialamt. Soweit das Ein-



Wähnt die Alten von der Gesellschaft „im Sinne eines alterskollektiven Ausgliederungsprozesses abgestoßen“; Walter Schulte.



Sieht in der „Kommunikation mit der Umwelt“ das beste Mittel, ein Abgleiten der alten Menschen in die Resignation zu verhindern: Hans Thomae vom Psychologischen Institut der Universität Bonn.

kommen und das vorhandene Vermögen zur Deckung der nicht unerheblichen Heimkosten (Pflegeheime bis 25 Mark, Altenheime 10 bis 17 Mark Tagessatz) nicht ausreicht, ist das Sozialamt sogar verpflichtet, die Mehrkosten zu tragen. Allerdings wird „auf Grund gesetzlicher Bestimmung die Heranziehung von unterhaltspflichtigen Verwandten“ geprüft, heißt es in einem Merkblatt des Frankfurter Sozialamtes.

Sowohl die Kommunen als auch karitative Institutionen sind aber bei der Finanzierung auf Förderungsmittel angewiesen. Angesprochen sind dabei die Bundesländer. Hier war das Land Hessen mit seinem „Altenplan“ Schrittmacher, dem andere Länder zu folgen bemüht sind. Wiesbaden zahlt „Zuschüsse zum Neubau und zur Modernisierung von Heimen für alte Menschen sowie zur Schaffung von Altageststätten und ähnlichen Einrichtungen“. Und das waren 1968 rund 23 Millionen Mark.

Ein Vergleich der von den einzelnen Bundesländern für Maßnahmen der Altenhilfe einge-

Fest steht dagegen: Trotz bundesweiter Anstrengungen gibt es bislang in Deutschland erst rund 4000 karitative und kommunale Altersheime mit nur 250 000 Plätzen (bei 7,6 Millionen Alten, gleich 12 Prozent der Gesamtbevölkerung). Konsequenz: „Wartelisten“ mit Fristen bis zu drei Jahren. Überdies werden in Heime mit niedrigen Monatsätzen nur bedürftige alte Leute aufgenommen.

Den Mangel nutzten als erste die Besitzer von Ferienpensionen. Sie bauten ihre nach der Saison leerstehenden Häuser um, vermieteten die Zimmer an Rentner-Dauergäste — und hatten ausgesorgt.

Aber auch private Unternehmer rechneten sich Gewinnchancen aus. Denn ein Altersheim ist für den Gesetzgeber — einzelwirtschaftlich betrachtet — im Prinzip nichts anderes als eine Würstchenbude. Es gelten die Bestimmungen der Gewerbeordnung: Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Erst seit August 1967 wird immerhin im Paragraphen 38 der Gewerbeordnung den Länderregierungen das Recht eingeräumt, „Mindestanforderungen“ zu bestimmen, „die zum Schutze Dritter an die Zahl, die Zulassung und an das Verhalten der im Betrieb Beschäftigten sowie in gesundheitlicher Beziehung an die Räume zu stellen sind“.

Die privaten Altersherbergen schossen wie Pilze aus dem Boden. Im überalterten Berlin (Anteil der Personen über 65 Jahren gut 20 Prozent) etablierte sich mehr als ein Viertel aller privaten Heime, von denen es in der Bundesrepublik gut 800 gibt. Die Zahl der Privatplätze vervielfachte sich seit 1962 von knapp 6000 auf rund 30 000. Denn die große Nachfrage trieb die Pensionspreise in die Höhe — und damit das Interesse, neue Heime einzurichten. Wozu es dabei kommen kann, veranschaulichen zwei Negativ-Beispiele: In einem privaten Berliner Altersheim wird für ein 25 Quadratmeter großes Zimmer 800 Mark Pension monatlich gezahlt. Aber die Insassin klagt über das knappe Essen. In Hamburg vermietet ein Heimbewohner eine 6 Quadratmeter große Mansarde, die nur durch eine Dachluke erhellt wird, für 400 Mark monatlich.

Günstige Kalkulation

Wie die Besitzer kalkulieren, erläutert Alfred Horn, Vorstandsvorsitzender der Bremer Altersheiminhaber: „Bei einem Altersheim mit 15 Einzelzimmern und einem durchschnittlichen Pensionspreis von 600 Mark betragen die Monateinnahmen 9000 Mark. Davon gehen an Kosten ab: für Miete und Heizung etwa 2250,- für Verpflegung 1800, für Personal 2250, für Verwaltung 250 Mark. Das sind 6550 Mark. Das bedeutet einen Reingewinn von 2450 Mark oder gut 27 Prozent. Hat ein Altersheimbesitzer aber mehrere Heime, so kann sich der Reingewinn um 10 bis 30 Prozent erhöhen.“

Wohlfahrtsverbände und Kirchen versuchen — mit Unterstützung des Staates — in neuen Großheimen ein Gegengewicht zu jenen Privaten zu schaffen, die ihr Geschäft ausschließlich kommerziell betreiben. Sie versprechen — so das „Wohnstift Augustinum“ in Bad Neuenahr (Träger: ein gemeinnütziger Verein, dem die evangelische Innere Mission und das Diakonische Hilfswerk angehören) — Befreiung von der „Last der Hausarbeit“ sowie von der „Mühe der Zubereitung Ihrer Mahlzeiten“. Und sie offerieren dafür eine „Gemeinschaft freier, unabhängiger Menschen, die die Ernte eines arbeitsreichen Lebens mitbringen“ — freilich zu „angemessenen“ Preisen.

Zahlungskräftigen Rentnern wird entsprechender Luxus und — bei anderen Heimen häufig vergessen — Freizeitgestaltung geboten. Gesellschaftsräume, Bibliothek, Schwimmbad, Café, Friseur und Läden bieten Zerstreuung. Dafür beträgt die Monatsmiete des Wohnstiftes mit Vollpension je nach Wohnraumgröße bis zu 1200 Mark je Person. Bei Einzugs ist zusätzlich ein „Einkaufs“-Darlehen von bis zu 29 000 Mark aufzubringen.

Problematische Pflegefälle

Ein oft vergessenes, aber wesentliches Problem: Alte Leute werden häufiger krank als junge. Und sie haben, wenn sie allein stehen, niemanden zur Pflege. Erläutert der Chefarzt einer Frankfurter Klinik: „Abgesehen von Fällen, in denen Kinder ihre alten Eltern schon bei harmlosen Erkrankungen in die Allgemeinkrankenhäuser abschieben, sind die Kliniken auch überfüllt mit chronisch kranken älteren Menschen, so daß akut Erkrankte oft keine Aufnahme finden können.“ Hinzu kommt, daß ältere Menschen meist länger krank sind als junge, weil vielfach mehrere Leiden zusammenkommen.

Lösungsvorschläge, wie „Spezialabteilungen“ für Alte in Krankenhäuser einzurichten, scheiterten an zweierlei: Es stehen ohnehin zu wenig Mittel für die Kliniken zur Verfügung. Die Pflegekosten steigen, und die Anschaffung moderner medizinischer Geräte ist teuer. Außerdem wäre die psychologische Wirkung

EWG-Sozialaufwand

in vH

Belgien	30,6
Frankreich	31,4
Italien	46,7
Luxemburg	49,9
Niederlande	51,1
Bundesrepublik	56,0

Die Bundesrepublik läuft ihren EWG-Partnern in den gesamten öffentlichen Sozialausgaben für Alte, Hinterbliebene und Invalide den Rang ab. 1965 betrug dieser Prozentsatz 56 Prozent. Demgegenüber nimmt sich der belgische Sozialaufwand für die Alterssicherung niedrig aus.

solcher Sonderstationen wiederum das Gefühl, von der Allgemeinheit ausgeklammert zu sein. Es fehlt hauptsächlich an Pflegeheimen. Nach einer 1960 erstellten Statistik ist das Verhältnis von Altenwohnungen zu Altersheimen zu Pflegeheimen wie 15 zu 67 zu 16. Es dürfte inzwischen kaum entscheidend günstiger sein. Bisher sind es die Kommunen, die am besten für Pflegefälle vorgesorgt haben. Karitative oder gewerbliche Häuser zählen etwa ein Drittel ihrer Altersheimplätze als Pflegeplätze. Gutes Beispiel: In Schwedens Hauptstadt Stockholm steht für jeweils zwei bis drei Alte in ihren Wohnungen eine eigene Pflegerin bereit — für deutsche Sozialpolitiker „paradiesische Zustände“.

Schließlich aber wird in der Diskussion um Alters- oder Pflegestätten häufig außer acht gelassen: Viele alte Leute — vornehmlich die

Yacht-Urlaub im Mittelmeer

der Urlaubsstil für Anspruchsvolle. 14-Tage-Kreuzfahrten Ital. Küste, Elba o. Korsika. Ein unvergleichlicher Urlaub an Bord einer komfort. Zweimast-Segelyacht. Interessante Häfen, Landgänge. Max. acht Teilnehmer. Auch kompl. Charter möglich (mit Besatzung).

Mittelmeer-Yachting, 8 München 50
Gutmannastraße 17/1, Telefon 08 11 / 54 25 74

setzen Mittel fällt allerdings schwer. Regierungsminister Heinz Erhard vom Hessischen Sozialministerium weiß zu berichten: „Das wird seit Jahren vom Bundesinnenministerium versucht, doch ohne daß hier wirklich leicht überschaubare Vergleichsbeträge genannt werden können.“ Denn die Mittel werden teils als echte Zuschüsse gewährt, zum Teil aber auch nur als Darlehen. Hinzu kommt, daß diese Mittel verschiedentlich auch für andere soziale Maßnahmen verwendet werden, zum Beispiel für Krankenhausbauten.

HOTEL KÖLNER HOF

5 Köln - gegenüber Hauptbahnhof u. Dom
Telefon 23 35 11 - Telex 8-881 788

Wirtschaft und Politik

„frisch pensionierten“ — wünschen gar nicht, als „Alte“ behandelt zu werden.

Und eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach über die „Alten-Reserven für den Arbeitsmarkt“ ergab: 9 Prozent aller Rentner und Pensionäre arbeiten ganz- oder halbtägig, davon jeder zweite in dem Beruf, den er vor seiner Pensionierung ausgeübt hat. Das Statistische Bundesamt gibt diese Zahl in einer neueren Untersuchung sogar mit knapp 11 Prozent an.

Die Gewerkschaften — voran die IG Metall — wollen demgegenüber die Altersgrenze „aus sozialen und gesundheitspolitischen Gründen (IG-Metall-Vorstandsmitglied Alfred Schmidt) auf 60 senken. Gleichwohl fordern sie mehr Rücksicht auf die „individuell verschiedenen gesundheitlichen und sozialen Verhältnisse“. Gerd Muhr, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall: „Nach unserer Auffassung ist es notwendig, jedem Arbeitnehmer ab dem 60. Lebensjahr die Wahl zwischen Altersrente und Beschäftigung freizustellen.“

„Undemokratisch und apodiktisch“

Gerontologie-Professor Hans Schaefer vom Institut für Sozial- und Arbeitsmedizin wiederum hält die 65er Grenze für „undemokratisch und apodiktisch festgesetzt“. Gestützt auf Untersuchungen seiner Fachkollegen behauptet er: „Es gibt keine biologisch definierte Grenze für die Leistungsfähigkeit in steigendem Alter.“ Und er folgert: „Will man nicht die Alten verkümmern lassen, muß man neue Formen sinnhafter Beschäftigung und Leistung erfinden. Der Mensch... ist ohne Funktion mindestens geistig ‚defunctus‘, tot. Der Pensionierungstod ist ein Ausdruck dieses Sachverhalts.“

Widerspruch von jenseits des Kanals: Sozialanthropologe Edmund Leach von der Universität Cambridge wünscht bereits mit 55 Jahren eine Zwangspensionierung. Der 58jährige Leach meint, alte Menschen könnten ihre Arbeit nur nach veralteten Prinzipien leisten. Zur Planung einer „neuen Welt für die aufsteigende Generation“ seien sie nicht mehr fähig.

In der „neuen Welt“ des britischen Sozialanthropologen wüchse das Altenproblem — bei einer um 10 Jahre herabgesetzten Altersgrenze — in vorerst unabsehbare Dimension. Trostloses vorläufiges Fazit für die Bundesrepublik: Im Alten-„Arbeitsbereich“ von Privaten, Kommunen, Karitativen, Ländern und Bund fehlt immer noch der Gesamtüberblick. Der Bund schießt nur zu — planlos und unzureichend. Ansätze wie das Frankfurter Modell — Altenzentrum mit Wohnungen, Heimplätzen, Pflegeheimen und Betreuungspersonal im angestammten Wohnbezirk — bleiben unverbundlich.

Leitfaden für Altenpolitik

Die der FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung lud Mitte April zu einer Fachkonferenz „Der alternde Mensch“ in ihre Theodor-Heuss-Akademie ein. Vertreter der Ministerien, der Gemeinden, der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen diskutierten mit Professoren über die „Aufgabe moderner Gesundheits- und Kulturpolitik“ für alte Menschen. Der Anfang Mai zu erwartende Abschlußbericht ist als Leitfaden für die Politiker gedacht. „Es tut sich also etwas“, kommentiert Konferenzleiter Reinhold Schulze.

Entmutigend vorerst allerdings: Ein von der SPD am 12. Februar 1964 im Bundestag eingebrachter Antrag, die Regierung möge einen „Bericht über die Lebensverhältnisse der älteren Mitbürger“ erstellen, wurde vor Ende der letzten Legislaturperiode nicht behandelt. Und er ist seither nicht wieder aufgetaucht.

Horst-Wolfgang Bremke